

# „Ein Riesenerfolg“

Andrea Nahles würdigte Projekt der Rother Kreis-SPD

**ROTH** – Als bundesweit zweite Partei-Gliederung ist der SPD-Kreisverband Roth vom SPD-Bundesvorstand für ein besonders innovatives Projekt in Sachen Bürgerbeteiligung gewürdigt worden. Generalsekretärin Andrea Nahles kam dafür eigens nach Roth.

Der „Innovationsfonds“ des SPD-Bundesvorstands ist eine sehr junge Idee der Generalsekretärin. Es handelt sich dabei um einen Finanztopf, aus dem SPD-Gliederungen Geld für ein Projekt erhalten können, das den Mitmach-Gedanken und den Bürger-Dialog in der politischen Arbeit auf moderne und zukunftssträchtige Weise in den Mittelpunkt rückt.

Die SPD im Landkreis Roth hat aus Berlin 3500 Euro bekommen, um eine Postkartenaktion durchzuführen. „Was kann die SPD im Landkreis Roth noch besser machen?“ und „Was würden Sie gerne verändern?“, lauteten die Fragen auf den Karten mit Fotos der SPD-Kandidaten für Bezirk, Bund und Land, die an 50 000 Haushalte im Landkreis verteilt wurden. „Mehrere Hundert sind mit Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger zurückgekommen“, erklärte der SPD-Kreisvorsitzende.

Als Anerkennung für diesen Erfolg saß nun die SPD-Generalsekretärin in der ersten Reihe im Foyer der Kulturfabrik. „Das macht uns sehr stolz“, meinte Sven Ehrhardt, der in dem Angebot des Kreisverbands den Auftakt für eine neue Art der Politikvermittlung sah. „Wir dürfen nicht mehr in eigenen Saft schmoren, sondern müssen rausgehen und mit den Bürgern sprechen“, fasste Ehrhardt sein Konzept zusammen.

„Eure Idee hat uns überzeugt, ihr Ergebnis ist ein Riesenerfolg“, lobte

Andrea Nahles das Beteiligungskonzept der Kreis-SPD und nannte es einen guten Dienst für die Demokratie. „Ihr habt etwas bewegt und die SPD als Partei des Zuhörens etabliert.“ Zugleich wies sie auf ein ähnliches Projekt der Bundespartei hin. Elf Bürgerprojekte haben, so Nahles, „Eingang in unser Wahlprogramm gefunden“.

Die Generalsekretärin versäumte es nicht, eine ausführliche Stellungnahme zur aktuellen politischen Lage in Deutschland abzugeben. Politisch kämpferisch, aber im persönlichen Auftreten sehr sympathisch suchte sie dabei die deutliche Abgrenzung zur amtierenden Bundesregierung. Den größten Beifall erhielt die SPD-Politikerin, als sie den „Fall Hoeneß“ ansprach: „Es ist eine Schweinerei, was da gelaufen ist.“ Sie sehe eine Mitschuld der Bayerischen Staatsregierung. Was Steuerfahnder angehe, liege Bayern an letzter Stelle aller Bundesländer. Das sei kein Zufall. „Die Staatsregierung will gar nichts rausfinden und ihre Kumpels in Ruhe lassen“, lautete ihr Vorwurf.

## Abschlagsfreie Rente

Für die Bundesebene stellte Andrea Nahles „eine Stagnation in wichtigen politischen Feldern“ fest. „Schwarzgelb hat Altersarmut nicht bekämpft, die Kitas reichen nicht, und das Steuersystem ist nicht gerechter geworden“, zählte sie auf. Zugleich rechtfertigte sie die Steuererhöhungspläne der SPD mit dem Investitionsbedarf bei öffentlicher Infrastruktur. „Die Einnahmen müssen für die Daseinsvorsorge reichen“, erklärte sie und widersprach Vorwürfen, die SPD wolle den Mittelstand schröpfen. „Fünf Prozent der Einkommensbezieher sind betroffen ab 6250 Euro



Für diese Postkartenaktion erntete die Kreis-SPD um Sven Ehrhardt (r.) nicht nur 3500 Euro, sondern auch das Lob von Generalsekretärin Andrea Nahles.  
Foto: Schmitt

brutto“, so die SPD-Generalsekretärin. „Starke Schultern müssen mehr tragen.“ Ferner verlangte Nahles eine abschlagsfreie Rente nach 45 Arbeitsjahren sowie bessere Unterstützung für Familien durch flexiblere Arbeitszeiten und mehr Kinderbetreuung.

Beim Sekttempfang führte die Generalsekretärin noch zahlreiche

Gespräche mit Parteifreunden und Verbandsvertretern.

Grüßworte hatten zuvor Landrat Herbert Eckstein und Landtagsabgeordnete Christa Naab gesprochen. Die Vorsitzende der SPD Mittelfranken sah in der Beteiligungsaktion der Landkreis-SPD eine Verwirklichung des Ziels von Willy Brandt.

„Wir wollen mehr Demokratie wagen“, hatte der sozialdemokratische Kanzler in seiner ersten Regierungserklärung 1969 angekündigt. Herbert Eckstein kreierte der CSU einen Mangel an Glaubwürdigkeit an. Denn sie werfe Positionen über Bord, die bei ihr Jahrzehnte gegolten hätten.  
ROBERT SCHMITT